

Viele Wissenschaftler kritisieren den wachsenden Einfluss einer neuen privaten Macht-„Elite“ im Technologiebereich: Mit ihren digitalen Plattformen verdrängen sie klassische Marktstrukturen und ersetzen sie durch kontrollierte Zugänge. Von **Günther Burbach**.

*Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.*

[https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260416\\_Tech\\_Konzerne\\_Das\\_System\\_ueber\\_dem\\_System\\_NDS.mp3](https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260416_Tech_Konzerne_Das_System_ueber_dem_System_NDS.mp3)

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Es sind Sätze, die hängenbleiben. Nicht, weil sie spektakulär formuliert sind, sondern weil sie eine Richtung andeuten: In einer Sendung auf 3sat beschreibt der Historiker Quinn Slobodian eine Entwicklung, die sich nicht laut vollzieht, sondern schleichend: die Verlagerung gesellschaftlicher Macht von demokratischen Institutionen hin zu privaten Technologiekomplexen. Es geht dabei nicht um eine einzelne Personen, nicht um den klassischen Vorwurf eines Machtmissbrauchs – es geht um ein System, das sich an konkreten Akteuren beobachten lässt und dessen Logik sich aus sich selbst heraus entfaltet.

Was Quinn Slobodian beschreibt, ist dabei keine Einzelmeinung, sondern Teil einer wachsenden kritischen Auseinandersetzung mit einer neuen Machtelite. Der Ökonom Yanis Varoufakis spricht seit Jahren von einem „Technofeudalismus“, in dem digitale Plattformen klassische Marktstrukturen verdrängen und durch kontrollierte Zugänge ersetzen. Macht entsteht hier nicht mehr primär durch Eigentum im klassischen Sinne, sondern durch die Kontrolle von Netzwerken, Daten und Infrastruktur.

Ähnlich argumentiert die Harvard-Professorin Shoshana Zuboff, die bereits früh vor einer Ökonomie gewarnt hat, in der menschliches Verhalten zur Ressource wird. In ihrem Konzept des Überwachungskapitalismus geht es nicht nur um Daten, sondern um die Möglichkeit, Verhalten vorherzusagen und zu steuern. Überträgt man diese Logik auf Systeme wie globale Kommunikationsnetze oder KI-gestützte Entscheidungsprozesse, entsteht ein Machtinstrument, das weit über klassische politische Einflussnahme hinausgeht.

Der Medienwissenschaftler Douglas Rushkoff geht noch einen Schritt weiter. Er beschreibt in seinen Analysen ein Denken innerhalb technischer „Eliten“, das nicht mehr auf gesellschaftliche Stabilität zielt, sondern auf Ausweichstrategien. Rückzugsräume, technologische Abschottung, die Idee, sich Krisen entziehen zu können, statt sie gemeinsam

zu lösen. In diesem Weltbild erscheint Technologie nicht als Mittel zur Verbesserung der Gesellschaft, sondern als Möglichkeit, sich von ihr unabhängig zu machen.

Auch aus dem Bereich der Künstlichen Intelligenz selbst kommen warnende Stimmen. Geoffrey Hinton, einer der Pioniere der modernen KI-Forschung, hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Entwicklung leistungsfähiger Systeme schneller voranschreitet als die gesellschaftliche Kontrolle darüber. Es gehe nicht nur um technische Risiken, sondern um Machtkonzentration, darum, wer diese Systeme besitzt und steuert.

Selbst innerhalb der Tech-Welt wächst die Skepsis. Sam Altman, obwohl selbst Teil dieser Entwicklung, hat mehrfach darauf hingewiesen, dass KI die bestehenden Machtverhältnisse massiv verschieben kann, wenn sie nicht reguliert wird. Der entscheidende Punkt ist dabei weniger die Technologie selbst als die Frage, wer Zugang zu ihr hat und unter welchen Bedingungen.

Diese Stimmen eint kein einheitliches politisches Programm, aber sie weisen in dieselbe Richtung. Sie beschreiben eine Entwicklung, in der sich Macht nicht mehr allein über Institutionen organisiert, sondern über Systeme, die zunehmend außerhalb klassischer demokratischer Kontrolle entstehen. Genau deshalb wird der Blick auf Akteure wie Elon Musk so zentral. Nicht, weil er allein handelt, sondern weil sich an ihm eine Struktur verdichtet, die weit über die Person hinausweist.

### **Eine Macht, die aus Infrastruktur entsteht**

Der Name Elon Musk fällt in diesem Zusammenhang zwangsläufig. Nicht als moralisches Urteil, sondern als Beispiel für eine neue Form von Einfluss, die sich nicht mehr allein wirtschaftlich erklären lässt. Es ist eine Macht, die aus Infrastruktur entsteht. Während politische Systeme weiterhin über Gesetze, Haushalte und Kompromisse verhandeln, entstehen parallel Strukturen, die längst operativ wirksam sind: Satellitennetze sichern Kommunikation, Systeme ermöglichen militärische Abläufe, Plattformen prägen Datenfluss, Wahrnehmung und damit letztlich Realität. Die entscheidende Frage verschiebt sich damit. Es geht nicht mehr nur darum, wer regiert, sondern darum, wer die Systeme bereitstellt, ohne die Regieren kaum noch möglich ist.

Diese Entwicklung beginnt nicht im Spekulativen, sondern im Faktischen. Das Satellitennetz Starlink ist längst Gegenwart. Tausende Satelliten umkreisen die Erde, liefern Internet in Regionen ohne Infrastruktur, sichern Kommunikation dort, wo Netze zerstört sind. In Krisen- und Kriegsgebieten hat sich dieses System als schnell, flexibel und unabhängig erwiesen. Genau darin liegt der Wendepunkt. Wenn Kommunikation, Koordination und

Informationsfluss in kritischen Situationen von einem privaten Anbieter abhängen, verschiebt sich Macht. Nicht formal, aber praktisch. Denn wer Infrastruktur bereitstellt, definiert ihre Bedingungen. Berichte von *Reuters* über den Ukraine-Krieg zeigen, dass es dabei längst nicht nur um Versorgung geht, sondern um Kontrolle, um Fragen, wo Zugang gewährt wird, wo er eingeschränkt ist und unter welchen Voraussetzungen er überhaupt existiert. Das sind keine theoretischen Überlegungen mehr, sondern operative Entscheidungen.

Parallel dazu wächst das System weiter. SpaceX treibt den Ausbau seiner Satellitenflotten voran, Genehmigungen für tausende weitere Einheiten sind erteilt worden. Gleichzeitig wurde Anfang 2026 die KI-Firma xAI integriert, ein Schritt, der Kommunikation und Datenverarbeitung enger miteinander verzahnt.

Hinzu kommt ein Detail, das in der öffentlichen Wahrnehmung kaum angekommen ist, aber in seiner Dimension weit über das Tagesgeschäft hinausweist: Ein Antrag bei der US-Regulierungsbehörde sieht ein System von bis zu einer Million Satelliten vor, gedacht nicht primär als Kommunikationsnetz, sondern als orbitales Datenzentrum für Künstliche Intelligenz. Ob diese Zahl jemals realisiert wird, ist zweitrangig. Entscheidend ist die Denkrichtung. Infrastruktur wird hier nicht mehr als nationales Gut gedacht, sondern als global skalierbares, privat organisiertes System.

## **Schnittstellen zwischen Gehirn und Maschine**

Während sich im Orbit diese Strukturen verdichten, verschiebt sich am Boden eine zweite Grenze. Neuralink arbeitet an Schnittstellen zwischen Gehirn und Maschine. Offiziell geht es um medizinische Anwendungen, um die Wiederherstellung von Fähigkeiten bei Menschen mit Lähmungen. Das ist real und unbestritten. Gleichzeitig formuliert das Unternehmen selbst eine weitergehende Perspektive: die Erweiterung menschlicher Fähigkeiten. Hier beginnt der Übergang von Therapie zu Verbesserung, von Unterstützung zu Integration. Die Verbindung von Mensch und Künstlicher Intelligenz wird nicht mehr als Werkzeug gedacht, sondern als mögliche nächste Entwicklungsstufe. Auch hier handelt es sich nicht um einen abgeschlossenen Plan, sondern um eine Richtung, die offen benannt wird.

Bis zu diesem Punkt lässt sich die Entwicklung problemlos als Fortschritt lesen. Mehr Konnektivität, bessere Technologien, neue medizinische Möglichkeiten. Genau so entsteht Akzeptanz. Doch die Analyse setzt an einer anderen Stelle an. Sie fragt nicht nach dem Nutzen einzelner Technologien, sondern nach ihrer strukturellen Wirkung. Was passiert, wenn aus Nutzen Abhängigkeit wird? Systeme, die einmal unverzichtbar geworden sind,

entziehen sich schrittweise der politischen Steuerung. Staaten können Gesetze beschließen, aber sie können keine Satelliten ersetzen, die sie nicht besitzen. Sie können Programme auflegen, aber sie können keine Infrastruktur neu aufbauen, die längst ausgelagert wurde. Sie können regulieren, aber sie regulieren dann Systeme, von denen sie selbst abhängig sind. Der Kontrollverlust kommt nicht abrupt. Er ist das Ergebnis einer langsamen Verschiebung.

An diesem Punkt beginnt das Szenario. Nicht als Behauptung, sondern als Projektion. Was würde geschehen, wenn diese Entwicklung konsequent weiterläuft? Wenn private Infrastruktur weiter wächst, staatliche Alternativen ausbleiben und technologische Systeme zunehmend miteinander verschmelzen? Dann entsteht kein autoritäres Regime im klassischen Sinne. Es entsteht ein System, in dem Macht nicht mehr primär über Gesetze ausgeübt wird, sondern über Zugang. Zugang zu Kommunikation, zu Daten, zu Rechenleistung, zu technologischer Erweiterung. Entscheidungen fallen dann nicht mehr ausschließlich im Parlament, sondern in den Bedingungen, unter denen Systeme genutzt werden dürfen. Genau hier verläuft die eigentliche Bruchlinie, denn Zugang ist steuerbar.

Der Übergang in ein solches System beginnt unscheinbar. Ein Staat steht vor einer Krise, Infrastruktur fällt aus, Kommunikationsnetze brechen zusammen. Eigene Lösungen sind zu langsam oder nicht vorhanden. Ein funktionierendes System steht bereit, global skalierbar, technisch überlegen. Die Entscheidung fällt schnell. Man nutzt es. Was wie eine pragmatische Übergangslösung wirkt, ist in Wahrheit der erste Schritt in eine strukturelle Abhängigkeit. Solange Alternativen existieren, bleibt Kontrolle möglich. Doch genau diese Alternativen verschwinden schrittweise, weil öffentliche Systeme im Wettbewerb kaum mithalten können. Sie sind langsamer, teurer und politisch gebunden, während private Anbieter schneller skalieren und aggressiver investieren.

Öffentliche Infrastruktur wird nicht aktiv abgeschafft, sie wird schlicht nicht mehr weiterentwickelt. Irgendwann ist sie noch vorhanden, aber nicht mehr konkurrenzfähig. In diesem Moment verschiebt sich Macht endgültig, denn wer keine eigene Infrastruktur mehr hat, kann nicht mehr unabhängig entscheiden.

Macht funktioniert in einem solchen System nicht über offene Befehle, sondern über Parameter. Bandbreite, Zugriffsrechte, Priorisierung von Daten, Verfügbarkeit in bestimmten Regionen, all das sind technische Variablen und zugleich politische Instrumente. In einem militärischen Konflikt kann es entscheidend sein, ob Kommunikation stabil bleibt, ob Drohnen koordiniert werden können, ob Daten in Echtzeit fließen. Wenn diese Fähigkeiten an private Systeme gebunden sind, liegt die tatsächliche Entscheidungsgewalt nicht mehr ausschließlich beim Staat. Sie liegt dort, wo der Zugriff

kontrolliert wird. Es braucht keinen sichtbaren Eingriff. Die Möglichkeit reicht.

## **Die Gesellschaft teilt sich entlang von Zugang zu Technologie**

Mit der Verschmelzung der Systeme verstärkt sich dieser Effekt. Kommunikation, Künstliche Intelligenz, Datenverarbeitung, militärische und zivile Anwendungen wachsen zusammen. Daten fließen in KI-Systeme, KI-Systeme steuern Prozesse, Prozesse bestimmen Entscheidungen. Es entsteht ein Kreislauf, der sich selbst stabilisiert und sich der öffentlichen Kontrolle weitgehend entzieht. Der entscheidende Kipppunkt liegt jedoch an anderer Stelle: beim Zugang. In einem System, das auf Zugang basiert, zählt nicht mehr allein das Recht, etwas zu tun, sondern die tatsächliche Möglichkeit. Wer Zugang zu leistungsfähiger KI hat, trifft bessere Entscheidungen. Wer Zugang zu globaler Kommunikation hat, ist sichtbar. Wer Zugang zu technologischer Erweiterung hat, verschiebt seine eigenen Grenzen. Wer diesen Zugang nicht hat, fällt zurück, nicht durch Verbot, sondern durch strukturelle Begrenzung.

So entsteht eine neue Form der Ungleichheit. Keine, die ideologisch begründet werden müsste, sondern eine, die sich technisch ergibt. Die Gesellschaft teilt sich nicht mehr nur entlang klassischer Linien, sondern entlang von Zugang zu Technologie. Auf der einen Seite stehen diejenigen mit Zugriff auf leistungsfähige Systeme, unterstützt durch KI, optimiert in ihren Entscheidungen, möglicherweise erweitert in ihren Fähigkeiten. Auf der anderen Seite diejenigen, die mit Standardlösungen arbeiten müssen, langsamer, weniger präzise, weniger vernetzt. Der Unterschied ist zunächst kaum sichtbar, aber er wächst. Irgendwann ist er nicht mehr aufzuholen.

Das Entscheidende daran ist, dass dieses System keinen bösen Plan braucht. Es reicht, wenn alle Beteiligten rational handeln. Unternehmen entwickeln bessere Technologien, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Staaten greifen darauf zurück, weil es effizient ist. Menschen nutzen sie, weil sie Vorteile bringen. Jede Entscheidung für sich ist nachvollziehbar. In der Summe entsteht eine Struktur, die sich der Kontrolle entzieht. Nicht durch Absicht, sondern durch Dynamik.

Damit ein solches System stabil bleibt, braucht es keine offene Repression. Es braucht Zustimmung. Diese entsteht durch eine Erzählung, die kaum hinterfragt wird: Technologie bedeutet Fortschritt, Fortschritt ist notwendig, wer bremst, gefährdet die Zukunft. Diese Logik ist so wirksam, weil sie auf realen Vorteilen basiert. Sie blendet jedoch eine entscheidende Frage aus: Wer definiert, was Fortschritt ist und für wen?

Der Punkt ohne Rückkehr ist nicht erreicht, wenn ein einzelner Akteur zu mächtig wird. Er

ist erreicht, wenn niemand mehr in der Lage ist, diese Macht auszugleichen. Wenn es keine funktionierenden Alternativen mehr gibt, keine unabhängige Infrastruktur, keine politische Durchsetzungskraft. Dann bleibt nur noch Anpassung. Der Bruch ist nicht spektakulär, nicht sichtbar, aber er ist endgültig.

Die entscheidende Frage ist daher nicht, ob dieses Szenario eintritt. Sondern ob wir es überhaupt noch erkennen, wenn wir längst Teil davon geworden sind. Denn vieles von dem, was hier beschrieben wird, ist keine ferne Zukunft mehr. Es ist bereits angelegt, nicht als Schlagzeile, sondern als System.

Titelbild: Oselote / Shutterstock

## Quellen:

- [Shoshana Zuboff über Überwachungskapitalismus \(Grundlagenwerk\)](#)
- [Geoffrey Hinton warnt vor Risiken und Machtkonzentration bei KI \(BBC Interview\)](#)
- [Reuters zur SpaceX-Anmeldung für bis zu eine Million Satelliten als orbitale KI-Datenzentren; zentrale Quelle für den von Slobodian aufgegriffenen Punkt](#)
- [ClinicalTrials.gov zur CONVOY-Studie; nützlich für die Ausweitung der Nutzung auf Assistenzgeräte](#)
- [Suhrkamp-Video mit Douglas Rushkoff zu „Survival of the Richest“; für zitierfähige deutschsprachige Einordnung seiner These über Flucht- und Exit-Fantasien der Tech-Elite](#)
- [Zuboff-Interview über Demokratie, Selbstbestimmung und soziale Ungleichheit; für direkt zitierbare Zuspitzungen](#)
- [Sam Altmans schriftliches Statement für den US-Senat; Primärquelle für seine Aussagen zu Risiken und Regulierung](#)